

Zeitschrift: Zoom : Zeitschrift für Film
Herausgeber: Katholischer Mediendienst ; Evangelischer Mediendienst
Band: 37 (1985)
Heft: 3

Artikel: Medienpolitik ohne Kontrolle
Autor: Frischknecht, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-932246>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jürg Frischknecht

Medienpolitik ohne Kontrolle

«Wir verstehen uns als technisches Unternehmen. Medienpolitik ist nicht Sache der PTT, sondern des Bundesrats und des Parlaments.» Diese offizielle Sprachregelung gilt unter allen Umständen, obschon allen Beteiligten klar ist: Der Regal- und Monopolbetrieb mit einem Acht-Milliarden-Umsatz ist nicht einfach ein weitverzweigtes «unpolitisches» Unternehmen, sondern auch ein gewichtiger politischer Akteur – nicht zuletzt auf dem medienpolitischen Parkett.

Während Parteien und Politiker häufiger als auch schon von Medienpolitik reden, meist ohne Taten folgen zu lassen, verhalten sich die PTT gerade umgekehrt. Sie reden nicht von Medienpolitik, sie machen sie. Dabei profitieren die PTT vom nach wie vor bestehenden medienpolitischen Vakuum – und vom Umstand, dass sie politisch vergleichsweise wenig kontrolliert sind. Das ist insofern paradox, als das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED), dem die PTT unterstellt sind, ausgerechnet das medienpolitisch zuständige Departement ist (wenigstens auf dem Papier, aber ohne genügend Personal).

Ausländische Postbehörden wie die Deutsche Bundespost produzieren laufend medienpolitische Schlagzeilen, dagegen werden die medienpolitische Präsenz und Potenz der PTT in der schweizerischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die Politiker streiten über die Gewinn-Millionen des «Gelben Riesen», über die Anzahl der Stellen, allenfalls über die tägliche Austragung der staatspolitisch bedeutenden Kleinstzeitungen. Aber die Weichenstellungen, die die PTT etwa beim Satellitenfernsehen oder beim Videotex vornehmen, beschäftigen die Politiker kaum. Sie begnügen sich mit der wohl häufigsten Politiker-Rolle: Sie werden in den nächsten Jahren auf Züge aufspringen, die die PTT längst auf dieses Gleis geschoben haben.

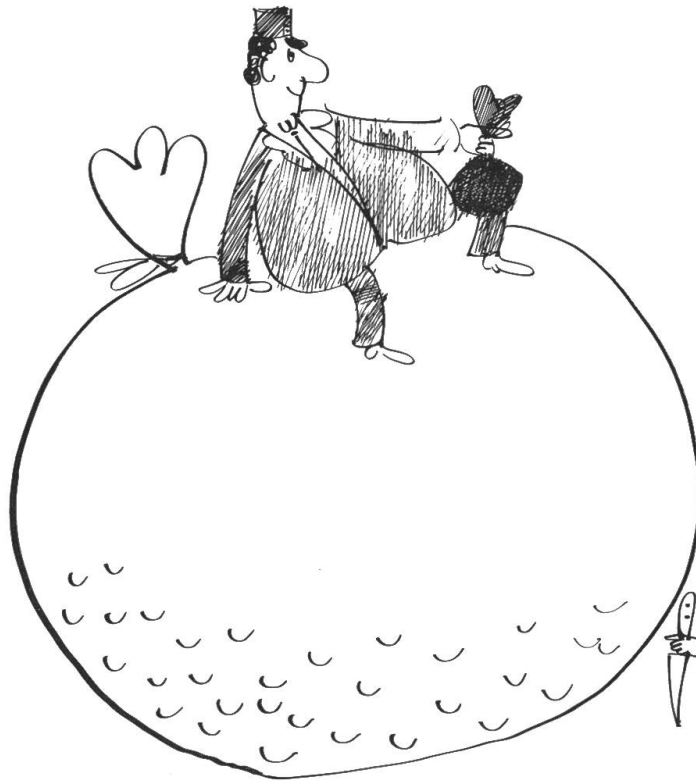
Unternehmenspolitik oder Medienpolitik?

Was immer die PTT entscheiden: Präsident Hans Werner Binz und die Generaldirektoren Rudolf Trachsel (Fernmeldedepartement) sowie Guido Nobel (Postdepartement) können ihr

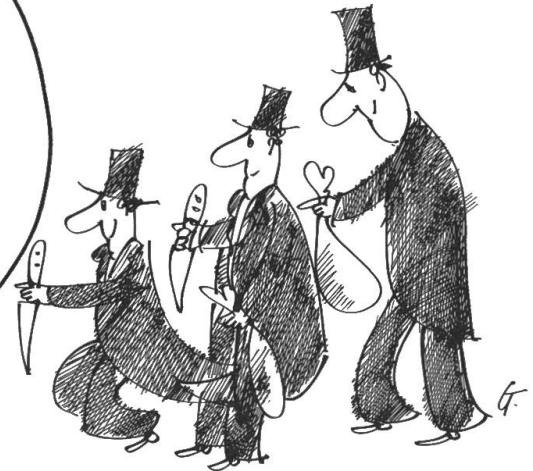
Tun unternehmenspolitisch rechtfertigen. Sie können sich darauf berufen, «im Interesse des Unternehmens» zu handeln. Machen nämlich die PTT bei neuen technischen Entwicklungen nicht mit, werden sie rasch mit dem Vorwurf des «Antiquitätenladens» konfrontiert und laufen überdies Gefahr, dass sich Private das Geschäft unter den Nagel reissen. Als rentables Unternehmen sind die PTT ohnehin Zielscheibe von Privatisierungsgelüsten.

Was indessen unternehmenspolitisch sinnvoll sein mag, kann medienpolitisch durchaus problematisch sein. Die beiden Kriterien können sich rasch in die Quere kommen. Die PTT sind sich dieser Problematik bewusst, wie ein Blick in das «*Kommunikationsleitbild*» aus dem Jahre 1982 zeigt. Dort versuchen die PTT-Verantwortlichen einen Balanceakt zwischen unternehmenspolitischen und gesellschafts- und medienpolitischen Anliegen. Was auf dem Papier gelungen ist, kann in der Praxis konfliktträchtig sein.

Umso wichtiger wären eine öffentliche Meinungsbildung und eine politische Kontrolle. Doch davon kann im Ernst nicht gesprochen werden. «Das grosse Problem liegt darin», urteilte ein sachkundiger Beamter im EVED, «dass unsere PTT bezüglich Medienpolitik eigentlich ohne Führung sind.» Zwar hat die Rangordnung zwischen Politik und PTT in einzelnen Fällen tatsächlich funktioniert. Im *Lokalradiobereich* waren Innovation und Entscheide hauptsächlich von den politischen Instanzen getragen; die PTT waren nachgeordnete, ausführende Instanz. Anders etwa beim *Videotex*, wo der Bundesrat nur mit marginalen Auflagen (z. B. Begleituntersuchung) die faktische Einführung dieses neuen und folgenschweren Mediums begleitete. Ähnlich beim *Satelli-*



Geschäft unter den Nagel reissen:
Als rentables Unternehmen sind die PTT Zielscheibe von Privatisierungsgelüsten.



tenfernsehen, wo die PTT offiziell an der Fiktion festhalten, lediglich die Netzverantwortung wahrzunehmen und mit den Inhalten nichts zu tun zu haben. De facto haben es schweizerische TV-Konsumenten jedoch in erster Linie den PTT zu verdanken, wenn auf den Kabelnetzen in Kürze zahlreiche Satellitenfernsehprogramme angeboten werden.

Umstrittenes Fernmeldegesetz

Medienpolitisch fällt heute das P, die Post, weit weniger ins Gewicht als die beiden TT, die Telekommunikation im weitesten Sinn. Wegen der stürmischen Entwicklung in diesem Bereich soll in den nächsten Jahren das Telegrafien- und Telefonverkehrsgesetz von 1922 durch ein neues Fernmeldegesetz abgelöst werden. Ein erster Gesetzesentwurf, den die PTT in eigener Regie ausgearbeitet haben, ist auf harsche Kritik gestossen. «Der Vorentwurf wird heftig be-

kämpft», resümierte PTT-Präsident Binz, «vom Handels- und Industrieverein, vom Gewerbe, von Banken, von Wirtschaftskreisen, die hier einfach eine Liberalisierung suchen.» Die Kritik hatte zur Folge, dass jetzt eine gemischte Kommission unter dem Vorsitz von EVED-Generalsekretär Fritz Mühleemann den PTT-Vorentwurf überarbeitet. «Wir hoffen, dass wir den bereinigten Entwurf im Frühling den PTT-Gremien abliefern können», erklärte Mühleemann. Erst anschliessend ist dann das Departement Schlumpf an der Reihe, das vermutlich 1986 ein Vernehmlassungsverfahren durchführen wird.

Mitglied der Kommission Mühleemann ist auch der Berner Ökonomieprofessor Christian von Weizsäcker, der kürzlich an einer Tagung von EDV-Spezialisten dem PTT-Monopol in der heutigen Zeit eine Berechtigung absprach, der «marktwirtschaftliche Sündenfall» des Monopols müsse dem Wettbewerb weichen. An der gleichen Tagung empfahl ein britischer Manager

seinen schweizerischen Kollegen: «Sie müssen nicht mit den PTT über technische Dinge streiten. Sie müssen mit ihrer Regierung über wirtschaftspolitische Strategien diskutieren. Nur so erreichen Sie eine Liberalisierung.»

Solche Fundamentalkritik wird mitunter auch von Wirtschaftskommentatoren ins Spiel gebracht, so neulich anlässlich des «Ausverkaufs» der British Telecom. Und die Meldung vom Plan einer PTT-Privatisierungsinitiative macht in der Schweizer Presse seit Jahren sporadisch die Runde.

Liberalisierung, nicht Privatisierung

Trotz solcher Stimmen bleibt festzuhalten, dass eine Privatisierung der PTT heute ernsthaft nicht zur Diskussion steht. So fehlen beispielsweise entsprechende parlamentarische Vorstösse. Das Privatisierungspostulat ist wohl in erster Linie Stimmungsmache und Taktik.

Kommunikationsleitbild PTT

Als Grundlage des unternehmerischen Handelns haben sich die PTT 1982 ein Kommunikationsleitbild gegeben, das von folgenden zehn Grundsätzen ausgeht:

1. Die PTT sind dem Gemeinwohl verpflichtet.
2. Die PTT stellen die Versorgung des ganzen Landes mit einwandfreien Post- und Fernmeldeleistungen zu gleichen Bedingungen und auf wirtschaftliche Weise sicher.
3. Die PTT erbringen ihre Leistungen auf der Basis des gesetzlichen Auftrages.
4. Die PTT bewahren ihre organisatorische und wirtschaftliche Einheit.
5. Die PTT befassen sich im Kommunikationsbereich mit der Übermittlung von Informationen und nicht mit Inhalten.
6. Die PTT behalten die öffentlichen Netzwerke für die Übermittlung von Informationen in ihrer Verantwortung.
7. Die PTT stellen den freien Zugang zu allen von ihnen angebotenen Kommunikationsmöglichkeiten sicher.
8. Die PTT gewährleisten in ihrem Aufgabenbereich den Persönlichkeitsschutz.
9. Die PTT betreiben eine fortschrittliche und soziale Personalpolitik.
10. Die PTT sind sich bewusst, dass nicht alles, was technisch möglich und wirtschaftlich tragbar, auch gesellschaftlich erwünscht ist und beurteilen daher die Entwicklung im Kommunikationsbereich ganzheitlich.

Die Spekulation: Je mehr die Grundsatzfrage zum Thema gemacht wird, desto eher lässt sich in Randbereichen die PTT-Position aufweichen.

Privatisierung der PTT nein, Liberalisierung in bestimmten Bereichen in Grenzen. Mit dieser Formel lässt sich das Seilziehen um das Fernmeldegesetz zusammenfassen. Die Netzverantwortung, soweit sie überhaupt bei den PTT liegt, dürfte bis auf weiteres in öffentlicher Hand bleiben, obschon EDV-intensive Grosskunden der PTT auch an private Übertragungs-

netze denken. Heute wird die Auseinandersetzung um die *Schnittstellen öffentlich/privat* vor allem im Bereich der Endgeräte geführt. Beim Telefon (inklusive Hauszentralen) und beim Telex pochen die PTT auf der Monopolstellung. Sie können dafür gute Gründe auch aus der Sicht des Konsumenten anführen: Betriebssicherheit, landesweite Versorgung zu gleichen Bedingungen. In neueren Bereichen, vor allem bei der EDV-Datenübermittlung und -verarbeitung, verlangen Wirtschaftskreise einen freien Gerätemarkt, also eine Liberalisierung. Hier verteidigen die PTT wenigstens das Recht, in freier Konkurrenz bestimmte Geräte ebenfalls anbieten zu dürfen.

Ein wichtiger Teil der schweizerischen Industrie ist übrigens eher am Status quo als an einer zu weitgehenden Liberalisierung interessiert, nämlich die *Apparate- und Fernmeldeindustrie*, die zu einem beträchtlichen Teil von den PTT-Aufträgen lebt (und deren Preise auf dem freien Markt den Produkten aus dem Fernen Osten kaum standhielten). Die PTT als öffentlicher Betrieb sind gehalten, Aufträge an hiesige Firmen zu vergeben (auch wenn es sich um eine ITT-Tochter handelt wie bei der Standard Telefon und Radio AG, STR). Bezeichnenderweise wurde beim Integrierten Fernmelde-System (IFS) die vergleichsweise teure Lösung mit drei verschiedenen Systemen gewählt – «damit die grossen Fernmelde-Industrien in der Schweiz beschäftigungspolitisch nicht in Schwierigkeiten geraten», wie Binz einräumte (vgl. dazu ZOOM 5/84, S. 12–18: Wirtschaftliche Interessen und Sachzwänge bestimmen die Entwicklung der Informationstechnologie).

Sündenfall Kabelnetze

Der Grundsatz, dass die Netze in die öffentliche Hand gehören, ist von den PTT selbst in den sechziger Jahren in medienpolitisch folgenschwerer Weise durchlöchert worden. Damals waren die PTT in ihrem angestammten Bereich überlastet (z. B. lange Wartezeiten für Telefonanschlüsse). Deshalb überliessen sie die Gemeinschaftsantennenanlagen bzw. Kabelnetze den Privaten und den Gemeinden. Die PTT fürchteten sich zudem vor der landesweiten Versorgungspflicht, die sie im Gegensatz zu den Privaten hätten beachten müssen.

Heute sind von den zwei Millionen Schweizer Fernsehhaushalten gut eine Million verkabelt; die Sättigungsgrenze liegt nach PTT-Schätzung bei 1,3 Millionen. Der grösste Teil entfällt auf privatwirtschaftlich geführte Netze, wobei der Branchenleiter Rediffusion (vgl. ZOOM 16/82: Das heimliche Imperium) mit weitem Abstand an der Spitze liegt.

Was einst als passiver Programm-Transport ohne grosse medienpolitische Bedeutung begann (bessere Empfangsqualität, Abbau der Antennenwälder), wandelt sich immer mehr zum aktiven Programm-Anbieter. Die Kabelnetz-Betreiber verstehen sich heute auch als Programmveranstalter. Den Auftakt machte die Rediffusions-Tochter Teleclub AG mit ihrem Pay-TV.

Ob die Kabelnetze langfristig in privater Hand bleiben, ist völlig offen. Denn die moderne Glasfaser-Technologie eröffnet die Perspektive, dass die gesamten Kabelnetze in absehbarer Zeit wieder von der öffentlichen Hand, von den PTT, betrieben werden. Bis anfangs des nächsten Jahrhunderts wollen die PTT das Telefonnetz, das heute aus schmalbandigen



Kupferkoaxialkabeln besteht, mit den ungleich leistungsfähigeren, umweltfreundlichen Glasfaser-Breitbandkabeln ausrüsten. Auf diesen Lichtleitern können neben Telefongesprächen fast beliebig weitere Dienste mittransportiert werden, so auch unzählige TV-Programme. Für die Verbindung zwischen den Zentralen wird die Glasfaser schon heute eingesetzt, während sie für die Feinverteilung in die Häuser noch zu wenig wirtschaftlich ist. Wenn die Glasfaser jedoch einmal beim einzelnen Konsumenten angelangt ist, so werden Kabelnetze à la Rediffusion überflüssig, weil auf dem Glasfaser-Telefonnetz die übrigen Dienste kostengünstiger mittransportiert werden können.

Die PTT-Verantwortlichen äussern sich zu dieser Perspektive unklar und teilweise widersprüchlich. Das Bemühen ist offensichtlich, auf diesem delikatsten Gebiet mögliche Gegner nicht zu provozieren. Er schliesse «nicht aus, dass am Ende die Basis-Netze wieder voll in der Verantwortung der PTT sind», meinte Binz jüngst in

einem Gespräch mit dem Medienmagazin «klartext». «Wenn wir so ganz frei entscheiden könnten, wäre uns eine alleinige Verantwortung für unsere Netze am liebsten. Es wäre das einfachste und das wirtschaftlichste. Aber der Weg dazu wird wahrscheinlich über gemischtwirtschaftliche Verhältnisse führen.»

Fernmelde-Generaldirektor Trachsel hat den Kabelnetzbetreibern bei anderer Gelegenheit folgenden Vorschlag für die Zukunft gemacht: «Die PTT konzentrieren sich in erster Linie auf die Aufgabe des Transportes von Informationen und stellen ihre Netze den Kabelfernsehbetreibern zu möglichst günstigen Bedingungen zur Verfügung. Die Kabelfernseh-Gesellschaften sind in erster Linie für die Programmeinspeisung und für die Anlagen bei den Teilnehmern zuständig und bleiben damit in diesem Rahmen eigentliche Träger der Kabelfernseh-Dienstleistung.» Damit formulierte Trachsel möglichst schonungsvoll die PTT-Absicht, künftig die Netze anstelle der Privaten zu betreiben.

Rückgewinnung der Netze?

Einen ersten Schritt Richtung Rückgewinnung der Netze haben die PTT mit ihrer Offerte an die Stadt Basel gemacht. Basel ist wie Genf wegen der günstigen topographischen Verhältnisse und wegen der Grenzlage bisher nicht verkabelt worden, weil neun Programme einwandfrei aus dem Äther zu empfangen sind (was vielen Konsumenten noch immer genügt). Erst im Hinblick auf neue Nutzungen wird jetzt von interessierter Seite die Verkabelung forciert. Die PTT offerieren, in ihren bestehenden Leitungssträngen Glasfasern einzuziehen, die Feinverteilung ab Quartierzentralen in die Häuser jedoch privaten Firmen und der traditionellen Kupferkoaxialtechnik zu überlassen. Diese Lösung, die natürlich günstiger ist als ein komplett neues Netz, ist von der Basler Regierung grundsätzlich positiv aufgenommen worden. Eine ähnliche Lösung zeichnet sich in Genf ab. Weitere Offerten für solche gemischtwirtschaftlichen Kabelnetze sind von den PTT bisher nicht gemacht worden.

Dass die PTT in Basel kein volles Glasfasernetz offerierten, hat zwei Gründe: einen wirtschaftlichen (die Glasfaser ist in der Feinverteilung noch zu teuer) und einen politischen (eine Vollofferte hätte die Monopolgegner aus dem Busch geklopft).

Zum Thema private oder öffentliche Netze ist eine weitere interessante Entwicklung zu beobachten. Viele kleinere und mittlere Privatnetze unterhalten keine eigenen Kopfstationen, welche die Signale der verschiedenen TV-Programme aus dem Äther einfangen, sondern sie beziehen diese Signale paketweise von den PTT via Richtstrahlverbindungen (*Gemein-*



**Robert Kohler,
ab Anfang Jahr
neuer Präsident des
Verwaltungsrates PTT.**

schafts-Antennen-Zubringer, GAZ). Von den 1700 Gemeinschafts-Antennenanlagen beziehen immerhin 500 die Signale von den PTT. Seit die PTT anfangs 1983 die GAZ-Tarife massiv senkten (nach dem Motto: Die Menge bringt's), ist diese Lösung auch für grössere Wohnsiedlungen eine Alternative zum Anschluss an das ortsübliche Netz. So bietet etwa die Zürcher Familienheim-Genossenschaft gut 2000 Abonnenten zwölf TV-Programme an, deren Signale die PTT via GAZ anliefern. Für die Genossenschaftsmieter kommt diese Lösung weit günstiger als der Anschluss ans Rediffusions-Netz. Die Rediffusion wehrte sich erfolglos gegen diese Enklave in ihrem Zürcher Netz. Die PTT stellten sich auf den Standpunkt, sie dürften ihre Dienste (in diesem Fall GAZ) nicht verweigern, wenn sie verlangt würden.

Satellitenfernsehen dank PTT

Wie weit die medienpolitischen Folgen gehen können, wenn die PTT ihre Netzverantwortung wahrnehmen, zeigt drastisch die Politik bei den *Fernmeldesatelliten*. In Europa werden diese Satelliten (ECS) von der Eutelsat betrieben, also von den europäischen Postverwaltungen. Ursprünglich lediglich für die Vermittlung von Telefon- und ähnlichen Diensten gedacht, werden freie Kapazitäten dieser Satelliten neuerdings auch für die grenzüberschreitende Verbreitung von TV-Programmen genutzt (z. B. «Sky Channel»). Da die Empfangsanlagen kompliziert und teuer sind, kommt diese Lösung nur für Kabelnetze in Frage, nicht aber für die einzelnen Haushaltungen (anders als bei den *Direktempfangssatelliten*, die eigentlich für das Satellitenfernsehen vorgesehen und bereits rechtlich geregelt waren, heute aber wegen der hohen Satellitenkosten völlig ins Hintertreffen geraten sind).

Diese Umfunktionierung der Fernmeldesatelliten für die ur-

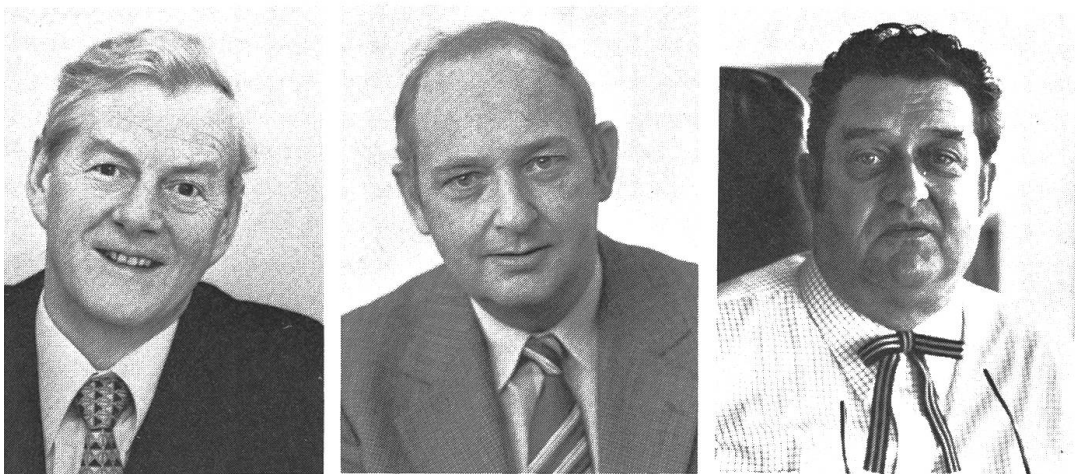
sprünglich nicht geplante Verbreitung von Fernsehprogrammen ist in der Eutelsat auf Technokratenebene beschlossen worden. Der Vertreter der schweizerischen PTT-Betriebe hat diese neue Nutzung kräftig unterstützt.

Während die Medienpolitiker das «Telsat»-Projekt (das einen Direktempfangssatelliten einsetzen wollte) hin- und herwälzten, wurde also die weit bedeutsamere Neunutzung der ECS-Satelliten fern jeder öffentlichen Meinungsbildung entschieden. Auch die Einspeisung solcher Satellitenfernsehprogramme in die Kabelnetze wird weitgehend von den PTT abgesegnet, auch wenn dem EVED formell ein Mitspracherecht zusteht. «Wir achten darauf, dass die Werbebedingungen in solchen ausländischen Programmen unserer inländischen Werbeordnung nicht diametral entgegenstehen», definierte EVED-Generalsekretär Mühlemann etwas vage die Praxis.

Während jedes Lokalradioprojekt den Anforderungen der Rundfunk-Verordnung (RVO) zu genügen hat und in ein Vernehmlassungsverfahren geschickt wird, nutzen die Promotoren des Satellitenfernsehens das bestehende Regelungsdefizit weidlich aus. Die PTT-Verantwortlichen schliessen vor den medienpolitischen Konsequenzen die Augen und ziehen sich wenig glaubwürdig auf die wirtschaftlich-technische Unternehmerlogik zurück: «Es gibt freie Kapazitäten, und die stellen wir zur Verfügung.» (Binz)

Lokalradios: Kunde bei der Aufsichtsbehörde

Medienpolitisch geordneter verlief die Innovation bei den Lokalradios. Anders als in Italien oder Frankreich ist es in der Schweiz gelungen, diesen Be-



(v. l. n. r.)
Generaldirektoren PTT:
 H.W. Binz, Präsident,
 R. Trachsel, Fernmeldewesen,
 G. Nobel, Postdepartement.

reich zu öffnen, ohne einen hoffnungslosen Wellensalat anzurichten. Dies ist mit dem Verdienst der PTT, die im Zusammenhang mit Frequenzzuteilungen oft ungerechtfertigterweise in der Schusslinie stehen.

Doch auch in diesem Bereich spielen die PTT eine eigentümliche Doppelrolle. Als zuständiger Betrieb des Bundes haben sie bei der Zulassung der Senderstandorte, Senderleistungen und Sendertypen eine Aufsichts- und Kontrollfunktion wahrzunehmen. Gleichzeitig fungieren sie aber auch als Unternehmer, als Ersteller von Senderanlagen (bei zehn der 28 sendenden Lokalradios). Manche Lokalradios haben wohl ihre Senderanlage nicht zuletzt deshalb durch die PTT erstellen lassen, weil sie darauf spekulierten, als Kunde der Aufsichtsbehörde manchen strittigen Punkt (etwa Frequenzfragen) im Einvernehmen regeln zu können.

Auch bei den umstrittenen Senderstandorten für Lokalradios offenbarte sich die ambivalente Position der PTT. Unternehmenspolitisch mussten sie darauf drängen, die bereits bestehenden Sender auf Höhenstandorten auch für Lokalradios zu nutzen. Medienpolitisch dagegen, von der lokalen RVO-Philosophie her, hätten sich möglicherweise tiefer gelegene, aber noch nicht erschlossene Standorte aufgedrängt.

In einem Spezialbereich hat übrigens die Zulassung der Lokalradios den PTT eine spürbare Entlastung gebracht: «Seit dem Sommer 1983 haben wir praktisch keine Aktivitäten der Piratensender mehr festgestellt.»

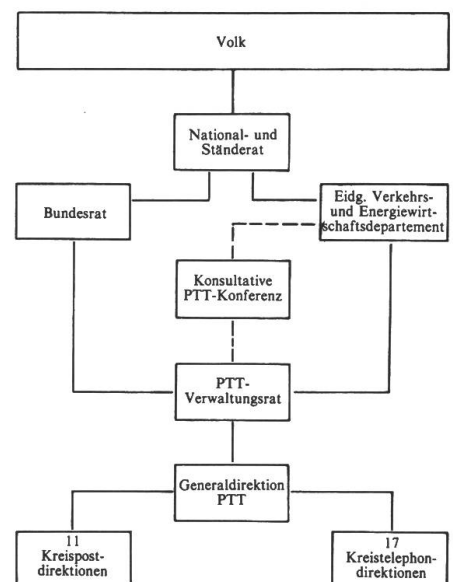
Entflechtung zwischen SRG und PTT?

Eine weitgehende, historisch möglicherweise überholte Stellung haben die PTT gegenüber der SRG. Sie sorgen nicht nur für die Verbreitung der Sendesignale, sondern beschaffen auch die gesamte Studiotechnik, was in den Augen vieler SRG-Leute unnötig langwierige Dienstwege mit sich bringt. Für ihre technischen Dienstleistungen im Sende- und Produktionsbereich kassieren die PTT dreissig Prozent der Radio- und Fernsehgebühren. Die Rechnung dieser dreissig Prozent ist übrigens weit weniger transparent als die der siebzig Prozent der SRG. Merkwürdigerweise ist aber die Empörung eines Edgar Oehler und anderer Politiker über zu hohe SRG-Gebühren bloss eine siebzigprozentige, blieb doch der vergleichsweise undurchsichtige PTT-Anteil bisher von Kritik verschont. Selbst die SRG-Spezialisten kennen keine detaillierteren Zahlen als jene der PTT-Rechnung.

Die Generaldirektionen von

SRG und PTT haben letztes Jahr eine gemischte Arbeitsgruppe eingesetzt, die gegenwärtig eine Änderung dieser Arbeitsteilung diskutiert. Das Ziel der SRG ist klar: «Wir möchten die hausinternen Studioeinrichtungen selber beschaffen.» Die SRG verspricht sich eine einfachere, auch billigere Beschaffung. Dies hätte natürlich auch eine Änderung des Verteilschlüssels zur Folge. (Die PTT investieren etwa hälftig in Studio- und in Sendetechnik.) Einigen sich PTT und SRG, so müssten sie dem Bundesrat im Hinblick auf die Ende 1987 auslaufende SRG-Konzession eine Änderung der entsprechenden Konzessionsklauseln beantragen.

Zum gleichen Traktandum geben die PTT eine deutlich ab-



weichende Darstellung: «Die Frage der Studiobeschaffung steht gegenwärtig nicht im Vordergrund. Die Generaldirektoren von PTT und SRG haben dieses Geschäft zurückgestellt.» Im Hinblick auf die auslaufende SRG-Konzession werde lediglich geprüft, ob der 70:30-Schlüssel bei der heutigen Arbeitsteilung noch richtig sei. Offensichtlich zeigen die PTT für den SRG-Wunsch, studioseitig selber einkaufen zu können, wenig Verständnis.

PTT fördern Videotex

Im Bereich der neuen Medien sind die PTT beim Videotex engagiert, den sie zusammen mit interessierten Wirtschaftskreisen aktiv fördern. Die PTT sind vor allem mit ihrem Telefonnetz bei Videotex dabei, das sie landesweit zum Nahtarif zur Verfügung stellen.

Die bereits vorgenommenen, irreversiblen Weichenstellungen bei Videotex sind das Paradebeispiel für die unkontrollierten medienpolitischen Alleingänge der PTT. Festgelegt ist beispielsweise die Schnittstelle öffentlich/privat. Auffallend ist, dass der schweizerische Videotex privatwirtschaftlicher konzipiert ist als etwa der Bildschirmtext (Btx) in der CDU/CSU-dominierten Bundesrepublik. Die PTT selbst betreiben in der Schweiz keine Videotex-Datenbank, wohl aber ihre Tochterfirma Radio Schweiz AG. Diese verkauft in freier Konkurrenz zu anderen externen Datenbanken (etwa Ringier, IBM usw.) interessierten Informationsanbietern Datenbank-Kapazität. Ob die Radio Schweiz AG dereinst für Non-Profit-Anbieter Datenbank-Kapazität zu günstigeren Tarifen bereitstellen darf, ist eine offene medienpolitische Frage. Dies wird von einzelnen Videotex-Architekten in der PTT-Generaldi-



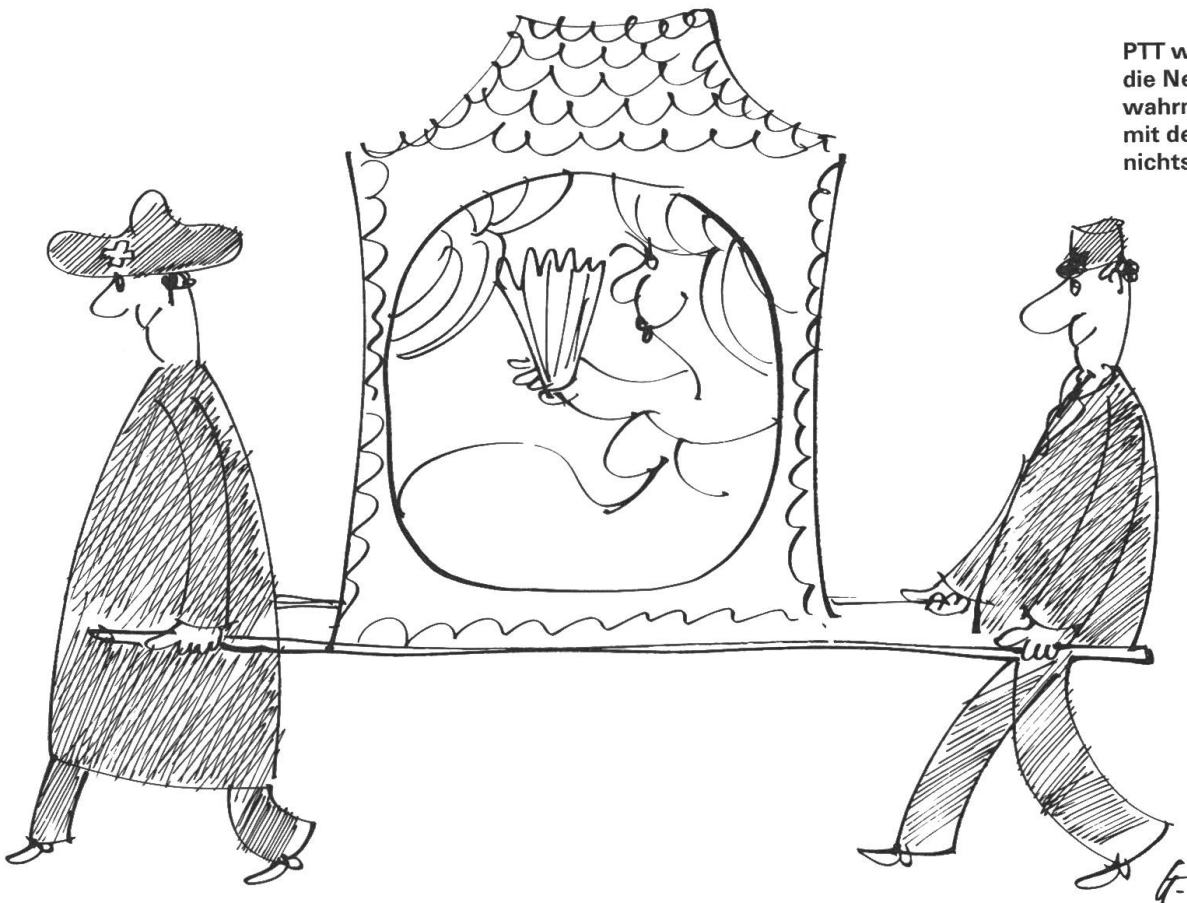
reaktion zwar angestrebt, stösst aber regelmässig auf Protest und Widerstand der kommerziellen Anbieter bzw. ihrer Organisation SVIPA. In der Bundesrepublik hingegen läuft der Löwenanteil des Bildschirmtext-Angebotes über die speziell eingerichteten EDV-Anlagen der Bundespost. Private, externe Datenbanken spielen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Trotz der schönen Worte im Kommunikationsleitbild haben die PTT bisher wenig unternommen, um Videotex nicht nur technisch, sondern auch gesellschaftspolitisch abzusichern (vgl. ZOOM 5/84: Dossier Videotex). Die brisanten Bereiche

Datenschutz und Rationalisierungseffekte werden grosszügigerweise den Politikern zugeschoben, von denen man weiss, dass sie wohl wenig (rechtzeitig) unternehmen.

Bedenklich ist die Art und Weise, wie die PTT die vom Bundesrat verlangte *Begleituntersuchung* zum derzeit laufenden Betriebsversuch durchführen lassen. Im Kern ist diese «Begleituntersuchung» die Suche nach einer «optimalen Markteinführungsstrategie für Videotex in der Schweiz» (dies die Worte des zuständigen Basler Untersuchungsteams).

Diese Begleituntersuchung, die der Bundesrat nun mal verlangt hat, könnte zu einem heik-



PTT wollen lediglich die Netzverantwortung wahrnehmen und mit den Inhalten nichts zu tun haben.

len Punkt bei der Videotex-Lancierung werden. Vorgesehen war, in den Räumen Zürich und Lausanne je 1000 Teilnehmer einzubeziehen. Der offiziell im Herbst 1983, dann nochmals im Herbst 1984 eingeläutete Betriebsversuch ist auch 1985 noch nicht richtig angelaufen. Die gegenwärtig rund 800 angeschlossenen Benutzer lassen sich zu einem grossen Teil direkt oder indirekt den Anbietern zuordnen. Von eigentlichen Konsumenten kann heute nur spurenweise gesprochen werden, und die welsche Schweiz ist praktisch überhaupt nicht vertreten. Mangels Untersuchungsobjekten kann also bis auf weiteres nicht von einer Begleituntersuchung gesprochen werden. Diese sollte aber gemäss Terminplan im Oktober dieses Jahres abgeschlossen sein. Noch Ende 1984 hat PTT-Präsident Binz eine mindestens einjährige Untersuchung verlangt und definiert: «Die einjährige Untersuchung könnte also

PTT-Finanzen 1983

Gesamtaufwand in Mio Fr.	6 897,5
Gesamtertrag in Mio Fr.	7 017,6
Unternehmensergebnis in Mio Fr.	120,1

	Grad der Kostendeckung (%)	Anteil am Ertrag (%)
Briefe und Postkarten	90	9,9
Drucksachen und Warenmuster	93	4,3
Zeitungen und Zeitschriften	32	1,6
Paketpost	69	6,5
Postzahlungsverkehr	114	10,5
Reise- und Güterpost	54	1,8
Telefon	115	51,9
Teleinformatik	119	6,0
Telefonrundspruch	85	0,2
Radiorundspruch	112	0,9
Fernsehen	121	1,9

PTT im Zahlenspiegel 1983

Briefpost: Sendungen in Mio	2 943,2
Zeitungen und Zeitschriften in Mio	1 184,1
Telefon Hauptanschlüsse	3 095 100
Telexanschlüsse	38 400
Radiokonzessionen	2 379 500
Fernsehkonzessionen	2 094 800
Personal	55 369
Kosten am Betriebsaufwand (%)	47

dann anfangen, wenn 2000 Teilnehmer vorhanden sind.»

Undurchsichtig ist auch die *Tarifpolitik* der PTT. Die Videotex-Anbieter drängen auf günstige Tarife, während die PTT an und für sich kostendeckend kalkulieren müssten. Dieses Kriterium wird allerdings bemerkenswert gedehnt. Noch vor kurzem prognostizierten die PTT für 1990 rund 200 000 Videotex-Benützer und errechneten relativ hohe Taxen. Inzwischen wurde diese Prognose auf 100 000 halbiert, unlogischerweise aber auch die Tarife deutlich gesenkt – eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Die Tarifberechnung bleibt ein Geheimnis der PTT, die nicht bereit sind, die wichtigsten Annahmen wie Zahl der Teilnehmer, geschätzte Nutzungszeit, Amortisationszeiten usw. auf den Tisch zu legen. Immerhin hat der gewöhnliche Postkunde ein Interesse daran zu wissen, wieweit er allenfalls das Elite- und Businessmedium Videotex subventioniert.

Presseförderung durch Pressebeförderung

Zum Schluss dieses medienpolitischen Tour d'horizon durch die verschiedenen PTT-Bereiche noch ein Wort zur guten alten Post. Während die Politiker seit Jahrzehnten das Traktandum Presseförderung papierreich abhandeln, betreiben die PTT seit eh eine der wirksamsten Formen von Presseförderung. 1983 wurde beim Zeitungstransport eine Kostendeckung von bloss 32 Prozent erzielt, was nach PTT-Kalkulation 240 Millionen Franken unter der sogenannten Vollkostenrechnung lag. Dieser Tarif für abonnierte Zeitungen (AZ) ist für manche Publikationen lebenswichtig, ebenso die Austragung am Erscheinungstag. Unternehmenspolitisch ge-

sehen ist diese Pressebeförderung für die PTT eine Belastung. Das Parlament hat aber soeben klargemacht, dass diese Dienstleistung nicht abgebaut werden soll – weil medienpolitische Überlegungen den Vorrang haben. ■

Jürg Frischknecht

Der gebürtige Appenzeller (1947) ist als freier Journalist bei mehreren Tageszeitungen tätig, wo er sich vor allem als Spezialist für Medienfragen (z. B. Basler Zeitung) einen Namen gemacht hat. Heute arbeitet Frischknecht regelmässig für die linke Wochen-Zeitung und das Alternative Lokalradio Zürich. Für ZOOM verfasste er einen Artikel über das Problem des Datenschutzes bei Videotex (5/84) sowie Beiträge über Unternehmen, die im Medienbereich aktiv sind: Rediffusion (16/82), Publicitas (21/82), Ringier (22/84). Die Redaktion schätzt an seinen Arbeiten das transparente gesellschaftspolitische Engagement, die Ausdauer der Recherchen sowie das Bemühen um einen aktuellen Überblick.

Radio – kritisch

Schweizer Kurzwellensender

Max Jäggi

Spröde Stimme der Schweiz fürs Ausland

«Schweizer Radio International» (SRI), der Kurzwellensender der SRG, wird 50jährig und soll zum Jubiläum eine neue Programmstruktur erhalten. Doch die angekündigten Änderungen, vermuten Insider, werden kaum mehr als Kosmetik sein: Make-up für eine Radiostation, deren Bedeutsamkeit leicht zu beteuern, aber schwer zu beweisen ist.

Angefangen, weiss Pressechef Walter Fankhauser, hat es mit «Radioprogrammen im Dienste der touristischen Landeswerbung». Später dann «sahen namhafte Kreise im Radio mehr und mehr das Mittel für eine eigentliche geistige Landesverteidigung». Heute aber, da sind Fankhauser und sein Direktor Joël Curchod sich sicher, funktioniert der Sender ausschliesslich «als Instrument rein journalistischer Berichterstattung».

1985 wird das Instrument stolze 50 Jahre alt. Und doch nimmt es hierzulande kaum jemand zur Kenntnis – was aber nicht verwundern darf: «Schweizer Radio International» (SRI) strahlt Kurzwellensendungen aus. Und die sollen nicht heimische Hörerinnen und Hörer beglücken, sondern – laut bundesrätlicher SRG-Konzession – «die